

konferenz davon gesprochen, daß im Fall einer weiteren einseitigen Auslegung des geltenden Rechts möglicherweise das Verfassungsgericht angerufen werden müßte.

73 548 registrierte Abtreibungen 1978

Die jetzt wieder mit großer Schärfe entbrannte Kontroverse muß auf dem Hintergrund der neuesten Zahlen der offiziell gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche gesehen werden. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug nach dem Statistischen Bundesamt die Zahl der gemeldeten Abtreibungen 20 898. Auf 1000 Lebend- und Totgeborene in der Bundesrepublik entfielen damit 149 Schwangerschaftsabbrüche. Im gesamten Jahr 1978 wurden 73 548 Abtreibungen gemeldet. Von den Schwangerschaftsabbrüchen im ersten

Quartal 1979 wurden 72% mit einer sozialen Indikation begründet. Genau an diesem Punkt setzen die kirchlichen Bedenken gegenüber der gegenwärtigen Handhabung des § 218 an.

Obwohl die Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen nach Bundesländern sehr unterschiedlich ist und die Entwicklung der Dunkelziffer illegaler Abtreibungen schwer eingeschätzt werden kann, gibt die Zunahme der absoluten Zahl legaler Abbrüche doch sehr zu denken, besonders angesichts des hohen Anteils an sozialen bzw. sog. Notstandsindikationen. Hier sind die Bischöfe mit ihren Einsprüchen und Warnungen kaum allein. Der Präsident der Deutschen Ärztekammer, *Karsten Vilmar*, hat erst Mitte August erklärt, wenn die Handhabung des § 218 so weitergehe, dann sehe er den Schutz des werdenden Lebens nicht mehr wirklich gesichert. U. R.

einem veränderten Klima in Peking, aber auch in der Provinz, besonders in Shanghai. Es werde offener über Religion gesprochen; es herrsche in Kontakten sogar eine gewisse Neugier in bezug auf das religiöse Leben im Westen. In solchen Berichten lassen freilich Wunschdenken, subjektiver Eindruck, Gerücht und tatsächliche Vorgänge sich nur unscharf voneinander unterscheiden. Die in westlichen Zeitungen gemeldete Freilassung des (nicht-patriotischen) Erzbischofs von Shanghai, *Kung Ping-mei* (die Berichte fußten auf einer Meldung von AFP) z. B. hat sich bisher nicht bestätigt. Sollte die Freilassung allerdings Wirklichkeit werden, dann wäre dies wohl ein erstes echtes Zeichen einer Öffnung auch gegenüber der katholischen Kirche und dem Vatikan. Vorerst aber bleibt nicht viel mehr als festzuhalten, daß von chinesischer Seite in letzter Zeit stets wiederholt wird, man wolle eine „Politik der Religionsfreiheit“ im Sinne der Verfassung treiben, die jedem Bürger Religionsfreiheit ebenso zusichere wie die Freiheit, sich zum Atheismus zu bekennen und ihn zu propagieren, und daß *von offiziellen Vertretern der Partei und des Staates jetzt eingeräumt wird, es habe Verletzungen der Religionsfreiheit und Verfolgungen um des Glaubens willen gegeben*. Allerdings werden diese allein zum Bestandteil der Politik der „Vierverbände“ erklärt, so daß unklar bleibt, ob man damit nur Außenpolitik machen will oder bereit ist, über die Verhältnisse vor der Kulturrevolution hinauszugehen und den Religionsgemeinschaften wenigstens ein Minimum an Freiheit zuzuerkennen.

Hoffnungen und Sorgen um die Christen Chinas

Von einer neuen Politik der Führung der Volksrepublik gegenüber den Religionsgemeinschaften ist im Westen spätestens seit Ende Februar letzten Jahres die Rede, als an der Tagung des Nationalkomitees der politischen Konsultativkonferenz, eines rein beratenden nationalen parlamentarischen Gremiums, das seit 1965, also seit Beginn der Kulturrevolution nicht mehr zusammengetreten war, eine Reihe von religiösen Führern (Buddhisten, Moslems, Christen – darunter der Generalsekretär der Konferenz Protestantischer Kirchen Chinas *Liu Liang-mo* und der „patriotische“ katholische Erzbischof von Mukden, *Pi Shu-shih*) als Delegierte auftauchten (vgl. HK, April 1978, 169). Dies war zwar insofern nichts Neues, als Vertreter aus den patriotischen Vereinigungen der verschiedenen Religionsgemeinschaften bereits früher im gleichen Gremium vertreten waren und Religionsvertreter auch schon vorher in lokalen und regionalen politischen Gremien mitwirkten, aber es wurde als

eine Korrektur der Kulturrevolution verstanden, als ein *erstes Signal*, daß mit der Öffnung Chinas zum Westen und der, wenn auch begrenzten und bereits wieder eingeschränkten innenpolitischen Liberalisierung auch für die Religionsgemeinschaften Erleichterungen kommen würden.

Diverse Signale aus Peking

Seitdem sind die Signale zahlreicher geworden: Es wird von einzelnen Wiederöffnungen von Kirchen gesprochen, von der Restaurierung einzelner Moscheen und Pagoden, von einer zunehmenden Aktivität des im vorigen Jahr gegründeten Instituts für Religionen in Peking und von einem wachsenden Interesse der chinesischen Führung an westlichen Religionen und religiösen Einrichtungen. Die immer zahlreicher werdenden Geistlichen, darunter auch Chinesen, die im Mutterland geboren sind, die im letzter Zeit China besuchen, berichten von

Darüber hinaus sind einige Fakten zu registrieren, die speziell für die katholische Kirche von einiger Bedeutung sein dürften: Im März wurde bekannt, daß über diplomatische Kanäle in Paris die Möglichkeit angedeutet wurde, *Jesuiten* könnten als Lehrer an die einst von ihnen geleitete Aurora-Universität in Shanghai zurückkehren (vgl. HK, Mai 1979, 266). Der Vorgang wurde damals von der Jesuitenkurie ausdrücklich bestätigt, aber doch mit großer Vorsicht aufgenommen. Fest steht, daß es sich dabei auf jedem Fall

nur um eine Lehrtätigkeit in naturwissenschaftlichen, vor allem medizinischen Fächern handeln würde.

In ihrer Mainnummer berichtete die italienische Missionszeitschrift „Mondo e Missione“ von einem Gespräch des Geistlichen *Franco De Marchi*, Soziologieprofessor an der Universität Trient, der als Mitglied des Italienisch-Chinesischen Instituts erst im Januar China bereist hatte, mit einem nicht namentlich genannten Vertreter der chinesischen Botschaft in Rom, in dem *Avancen in Richtung Vatikan* gemacht wurden: China, so der Vertreter der Botschaft, habe im Vatikan wissen lassen, daß eine Initiative zur Aufnahme von Kontakten „gegenwärtig von ihm abhängt“. Das Problem sei der Fortbestand der Botschaft Formosas.

Ende Juli wurde gemeldet, in Peking sei am 25. Juli der 47jährige Geistliche *Fu Tie-shan* von einer „Synode“ der dortigen „Vereinigung Patriotischer Katholiken“ zum Bischof von Peking gewählt worden. Bei gleicher Gelegenheit wurde berichtet, demnächst solle auch eine Synode der „Nationalen Vereinigung chinesischer Katholiken“ zusammentreten, um einen Nachfolger für den im vorigen Jahr verstorbenen Erzbischof Pi Shu-shih (s. oben) als Vorsitzenden der Patriotischen Vereinigung zu wählen. Dieser Vorgang deckt sich mit Meldungen aus Shanghai, nach denen von regionalen Behörden erklärt worden sei, den patriotischen religiösen Vereinigungen solle „bei ihrer Reorganisation geholfen werden“.

Der Vatikan hat auf die Nachricht von der Bischofswahl in Peking sehr vorsichtig reagiert, indem er klarstellte, daß es „auf Grund der Lehre der Kirche und der kirchenrechtlichen Disziplin nicht erlaubt ist, eine Ernennung für rechtskräftig zu betrachten, die ohne Zustimmung und Billigung des Heiligen Stuhls erfolgt ist“ (zit. nach Kathpress, 13. 8. 79) und im übrigen den Vorgang formell als Gerücht nahm. Trotzdem kam von katholisch-patriotischer Seite in Peking pflichtgemäßer Protest gegen „vatikanische Einmischung“. Das wiederum hielt den Papst selbst nicht davon ab, Tage später in Castel Gandolfo an China zu appellieren und auf mehr Religions-

freiheit und auf „volle Einheit mit dem Heiligen Stuhl“ zu hoffen (vgl. *Osservatore Romano*, 20./ 21. 8. 79). Dennoch dürfte sich schon sehr bald die Frage der Beziehungen zur Patriotischen Vereinigung und zu den von Rom nicht anerkannten Bischöfen stellen. Vielleicht bringt die Reise des Bischofs von Rottenburg, *Georg Moser*, der Ende Oktober zusammen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth* China besucht – es wird der erste Besuch eines westlichen katholischen Bischofs sein –, ersten Aufschluß darüber.

Taiwans Bischöfe melden sich zu Wort

Das die *Taiwan-Frage* dem Vatikan noch zu schaffen machen wird, zeichnet sich indessen jetzt schon ab. Die Bischöfe Taiwans haben sich bereits im Juni in einem teilweise dramatischen Appell an ihre Mitbischöfe in aller Welt an die Öffentlichkeit gewandt (vgl. Auszüge in *La Croix*, 13. 7. 79), in dem sie sich bitter über die zunehmende internationale Isolierung ihres Landes beklagen und nachdrücklich vor dem kommunistisch regierten China warnen.

„Eines Sinnes mit unserer Bevölkerung“, so heißt es dort, „anerkennen wir nur ein China, eine Kultur, eine Nation und ein Territorium, aber wir lehnen mit aller Kraft das Regime ab, das unsere Brüder auf dem Kontinent in Knechtschaft hält“. Und weiter wörtlich: „Wir suchen kein Privileg, wir verlangen nach keiner Begünstigung, wir wollen den der Menschheit gemeinsamen Leiden nicht ausweichen. Wir wollen lediglich, daß man uns nicht das unveräußerliche Recht eines jeden Menschen entreißt, frei und nach unserem Gewissen zu leben. Durch unsere Arbeit ist es uns gelungen, eine zwar noch unvollkommene Gesellschaft aufzubauen, aber eine, die einem jeden von uns die Möglichkeit gibt, in Achtung vor den anderen er selbst zu sein. Wir wollen diese Gesellschaft für uns und unsere Kinder verteidigen und, wenn das eines Tages möglich wird, sie als Modell unseren Landsleuten auf dem Kontinent anbieten.“

Der beschwörende Ton des Appells zeigt deutlich, wie sehr die Bischöfe sich in bezug auf das eigene Land und in der Abwehr Pekings in der Defensive befinden. Nachdrücklich wehren sie sich gegen das Argument, sie verteidigten nur einen Wohlstand, den ihre Landsleute im kommunistischen China nicht haben: „Die Armut erschreckt uns nicht, auch wenn sie uns ungerechterweise auferlegt wird. Wir können materielle Unterdrückung, auch die härtesten Entbehrungen... sehr wohl ertragen. Was wir aber nicht wollen, ist, daß man uns die Freiheit nimmt zu denken, was uns unser Verstand und unser Gewissen uns als Wahrheit eingibt...“ Sie weigerten sich, gegen ihren Willen und ihr Gewissen in Marionetten einer falschen Ideologie verwandelt zu werden.

Zur gegenwärtigen Entwicklung in der Volksrepublik erklären die Bischöfe, sie hätten keine Illusionen hinsichtlich der Demokratisierungsbemühungen Pekings, sie lehnen jeden Dialog mit dem Regime ab, und sie wenden sich energisch gegen das „subtile und perverse Spiel“, das Taiwan in die *Alternative* hineinzwingen könnte, „entweder den Dialog aufzunehmen und aufgefressen zu werden oder den Dialog abzuweisen und in den Augen der Weltmeinung sich verächtlich zu machen“.

Und dann noch einmal beschwörend sich direkt an die Bischöfe wendend: „Laßt nicht zu, daß ein Teil der Menschheit, so klein er auch sei, einer Situation geistiger und geistlicher Versklavung ausgesetzt wird, die des von Gott geschaffenen und in Christus erlösten Menschen unwürdig ist... Um des Herrn willen tut alles, was in eurer Macht steht, damit unser Volk nicht in die zerstörerische Knechtschaft fällt, der es sich ausgesetzt sieht.“

Da dieser Appell an den Weltepiskopat sich streckenweise so liest, als ob der Einmarsch der Kommunisten in Taiwan demnächst bevorstünde oder jedenfalls irgendeine Form der Wiederangliederung an das Festland, ist anzunehmen, daß einiges an den Beschwörungen patriotische Pflichtübung ist, obwohl die politische Isolierung Taiwans und die möglichen

Konsequenzen, die sich langfristig daraus ergeben können, sicher echter und beredter Sorge entspringen.

Staatlicher Druck auf Formosa

Es sieht aber so aus, als müßten sich die Bischöfe nicht nur nach einer Seite zur Wehr setzen; denn während in der Volksrepublik die ersten Signale für eine wenigstens etwas realistischere Neubewertung der Religionen gesetzt werden, geraten die Religionsgemeinschaften auf Taiwan selbst unter zunehmenden Druck des Staates. Der Entwurf einer „*Verordnung für Pagoden, Tempel und Kirchen*“, der gegenwärtig intern zwischen der Regierung und den Kirchenvertretern debattiert wird, soll einige einschneidende Änderungen in der Religionsgesetzgebung bringen. Tritt die Verordnung ohne wesentliche Veränderungen in Kraft, und nach substanti-

len Veränderungen sieht es nicht aus, dann geraten alle Religionsgemeinschaften unter eine ziemlich enge staatliche Kontrolle. Nach einer Aufstellung des lutherischen Pressedienstes (LWF-Informationen, Ausgabe vom 8. 8. 79) sieht die Verordnung u. a. vor: eine Beschränkung von Glaubensverkündigung, Zeremonien und religiösen Veranstaltungen auf Pagoden, Tempel und Kirchen; Predigten allein in öffentlichen Gotteshäusern und nur in chinesischer Sprache, also nicht in der Sprache der Taiwanesen und der Ureinwohner; Schaffung eines zivilrechtlichen Vereins für jede Pagode oder Kirche; finanzielle Rechenschaftspflicht der religiösen (kirchlichen) Körperschaften gegenüber dem Staat. Darüber hinaus sichert der Entwurf dem Staat auch beträchtliche Eingriffsrechte im personellen Bereich (Anstellung und Entlassung von Kultdienern). Sowohl die Arbeitsgemeinschaft christlicher Denominationen

wie die Katholische Bischofskonferenz haben sich auf ihren Sitzungen Anfang Juli mit dem Entwurf befaßt und ihn mit Vertretern der Regierung diskutiert. Manche sind unschlüssig darüber, *wie* gefährlich der Entwurf den Kirchen werden kann. Es scheint gelegentlich auch eine doppelzüngige Argumentation von Regierungsseite zu geben. Gegenüber den christlichen Kirchen wird erklärt, es gelte in erster Linie Wildwuchs der Pagoden und Tempelgemeinschaften zu beschneiden, gegenüber Vertretern von Taoisten und Buddhisten scheint aber offenerherzig angedeutet zu werden, es gehe dabei um eine schärfere Beaufsichtigung der Kirchen. Mehr Religionsfreiheit verspricht die Verordnung jedenfalls nicht. Es sieht so aus, als ob der Vatikan künftig mit beiden Teilen Chinas beträchtliche Sorgen haben werde, ohne daß sich bereits eine klare Zukunftsperspektive für die dortigen Christen abzeichnet. E. U.

Entwicklungen

Agrarreform und ländliche Entwicklung

Neue entwicklungspolitische Forderungen

Wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit – auch in der Bundesrepublik Deutschland – hat in der zweiten Hälfte Juli 1979 in Rom eine internationale Tagung stattgefunden: Die Weltkonferenz für Agrarreform und Ländliche Entwicklung. Es war nicht der erste Kongreß dieser Art; erst 1974 hatte die Welternährungskonferenz (HK, Dezember, 1974, 640–645) zukunftsfröh verkündet, bis zum Jahre 1985 solle der Hunger in der Welt beseitigt sein. Diese Vorstellung ist längst als eine Utopie zu den entwicklungspolitischen Akten gelegt worden. Im Gegenteil: Wenn nicht große weltweite Anstrengungen gemacht werden, wird die Zahl der Hungernden und der absolut Armen, die ihre Grundbedürfnisse des täglichen Lebens nicht decken können, in der Welt erheblich zunehmen. Und dieses Massenelend konzentriert sich in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt. – Die Konferenz von Rom hat nicht nur diesen analytischen Befund ausgewie-

sen; sie hat auch versucht, neue Wege der Beseitigung des ländlichen Massenelends aufzuzeigen: Ohne Beseitigung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Machtlosigkeit der ländlichen Armen, ohne ihren Zugang zum Boden, ohne ihre Motivation der Hilfe zur Selbsthilfe, ohne erhebliche Verringerung der ländlichen Arbeitslosigkeit wird das Problem des Hungers in der Welt nicht zu lösen sein. Solche Feststellungen sind nicht zum ersten Mal in Rom getroffen worden; es gibt viele technische und ökonomische Ansatzpunkte, die auch andernorts diskutiert wurden. Was Rom an neuen Ergebnissen bot, war etwas anderes: Um ländliche Armut zu beseitigen, bedarf es eines *politischen* Programms; und die Konferenz machte einige zaghafte Schritte auf diesem Weg, ohne allerdings Vorkehrungen treffen zu können, daß solche Programme auch in Ländern der Dritten Welt durchgeführt werden.